



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Polnische Offenherzigkeiten.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Polnische Offenherzigkeiten.



ie Polen tragen keine Schuld daran, wenn noch irgendwo bei ihren Grenznachbarn sich die sentimentale Auffassung der polnischen Frage erhalten haben sollte. Eher dürfte man ihnen nachrühmen, daß sie erheblich dazu beigetragen haben, die Deutschen zu Realpolitikern zu machen. Alle Wurzeln der Sympathie mit jener Nation mußten verdorren, sobald man mit ihr in unmittelbare Berührung geriet — alle bis auf die eine, welche Bismarck einmal in so klassischer Weise charakterisirte: „Da ist Lärm, da ist Aufruhr, da ist Insurrektion, kurz und gut, da wird eine Regierung angegriffen, das erregt unsre Sympathie!“ Diese Art von Wohlwollen wird ihnen wohl erhalten bleiben. Aber die so lange Zeit mächtige Teilnahme an dem tragischen Geschick des Polenvolkes ist der Erkenntnis gewichen, daß dies Volk sein Geschick nicht nur selbst verschuldet hat, sondern es immer aufs neue heraufbeschwören würde; den Ausdruck „edle Polen“ wagt niemand mehr im Ernst zu gebrauchen, und wäre auch nur die Erinnerung an Heine die Ursache; der ehrliche Freiheitschwärmer schlägt die Augen nieder, wenn er seine einstigen Lieblinge in Galizien wirtschaften sieht, und kein Mensch mit gesunden Sinnen läßt heute noch den Gedanken zu, daß Oesterreich und Preußen Rußland zwingen sollten, Polen wiederherzustellen als Schutzwall zwischen Europa und Asien.

Wer es mit den Polen gut meinte, pflegte für sie anzuführen, daß sie in den letzten zwanzig Jahren Vernunft angenommen, sich darein gefunden hätten, Russen, Preußen oder Oesterreicher zu sein und nur noch für die Erhaltung ihrer Nationalität innerhalb solcher Begrenzung kämpften. Mit diesem Zustande scheinen aber die Herren nicht zufrieden zu sein. Sie wollen durchaus auch die letzten Zweifler zu der Ansicht befehlen, daß wenigstens die Führer,

die Schlachta, noch ebensowenig jetzt wie früher in einem geordneten Staatswesen zu brauchen sind, und daß sie jedes ihnen gemachte Zugeständnis mißbrauchen. Es kränkt sie vermutlich, daß über den wütenden Pinselkrieg des Herrn Matejko gegen Deutschtum und Farbenharmonie nur gelacht wird, sie wollen zeigen, daß sie lauter Matejkos sind, gleichviel, ob sie in schweizer Konventikeln oder im österreichischen Reichsrate Politik machen.

Österreich ist in seinen KonzeSSIONen an die Polen bis an die äußerste Grenze gegangen. Es hat ihnen gestattet, ganz Galizien zu polonisieren, hat ihnen die reichstreuen Ruthenen preisgegeben, Millionen und Millionen, von den andern Kronländern aufgebracht, in das Land gesteckt, welches allen andern gegenüber eine Sonderstellung bis zu eigener Vertretung im Räte der Krone genießt. Und der Dank ist die permanente Klage über Zurücksetzung, die Behauptung, daß das zu Zeiten der Republik blühende (!) Land unter österreichischer Herrschaft verklümmert sei, die Proklamirung des Kampfes gegen das *Germanentum*.

Im Jahre 1848 machten die polnischen Abgeordneten gemeinsame Sache mit den deutschen Radikalen, und als nach zwölfjähriger Pause abermals eine Reichsvertretung einberufen wurde, meinten die letzteren wieder auf die alte Waffenbrüderschaft rechnen zu dürfen. Das Gegenteil trat ein. Damals mochten die Polen gehofft haben, zur Sprengung des österreichischen Länderkomplexes den Parlamentarismus zu benutzen; 1861 standen sie einer Regierung gegenüber, welche den Bachschen Einheitsstaat aufrecht erhalten wollte, wenn auch mit Anwendung konstitutioneller Formen, und die große Mehrheit der Deutschen stand insoweit hinter jener Regierung, strebte nur die Vermehrung politischer Rechte an. Damit konnte den Polen nicht gedient sein. Sie zogen sich gänzlich auf den nationalen Standpunkt zurück und mußten bald von der Regierung, bald von den Liberalen Geschenke zu erwirken, ohne je den erhofften Gegendienst zu leisten.

Nun fühlen sie sich stark genug, um jede Rücksicht beiseite zu werfen. Ein hervorragendes Mitglied des Reichsrates, Graf Dzieduszycki, hat in den letzten Augusttagen vor seinen Wählern in Stanislaw ein Programm entwickelt, welches an Deutlichkeit nicht das geringste zu wünschen läßt und durch den Beifall, der ihm von den meisten polnischen Blättern gewidmet wird, und durch den Tadel, dem es hie und da begegnet, erhöhte Bedeutung erhält. Im Prinzip sind nämlich wohl alle Organe mit dem Redner einverstanden, nur deuten einzelne an, daß er ein wenig zu offenherzig gewesen sei, zu früh die Karten aufgedeckt habe.

Versuchen wir den Gedankengang des polnischen Grafen zu skizzieren. Der Klub der polnischen Abgeordneten zum galizischen Landtage nimmt bei ihm gewissermaßen die Stellung des Konvents ein. Die Fraktionsbeschlüsse sind für jedermann bindend, für die polnischen Abgeordneten zum Reichsrat, für den

Landsmann=Minister, welcher auf seine Stelle verzichten müßte, sobald es zwischen ihm und dem Klub zu einer prinzipiellen Meinungsverschiedenheit kommen sollte. Nur ein Vorbehalt wird gemacht: die übrigens unerbittliche Disziplin kann nämlich nicht „slawischen Gehorsam und Unterordnung unter den Willen der Regierungsgewaltigen fordern.“ Das ist nicht anders zu verstehen, als daß der einzelne Abgeordnete, welcher findet, daß der Klub der Regierung des Gesamtstaates einen Dienst leisten wolle, ohne sofort baare Zahlung dafür zu empfangen, sich gegen den Klubbeschuß auflehnen dürfe. Das wäre keine Verletzung der Disziplin, und es fehlt nur noch die Wiederherstellung des liberum veto, welches jeden Beschluß ungültig machen und welchem dann die Mehrheit wohl als Korrektiv den ebenfalls altehrwürdigen Gebrauch, den Opponenten niederzuhauen, entgegenzusetzen würde. Daß zwischen dem Landtage und dem Ministerium lediglich eine Geschäftsverbindung bestehe, der erstere das letztere im Prinzip nur unterstütze, weil er befürchten muß, jedes andre werde weniger willfährig und koulant sein, daß er aber in jedem konkreten Falle auf einer Gegenleistung bestehe, wird wiederholt ganz unumwunden ausgesprochen, und der offenherzige Redner bezieht sich sogar ausdrücklich auf derartige Abkommen. Und der Landtag hat noch einen langen Wunschzettel. „Unser Land hat unendlich vieles zu fordern. Es bedarf einer entsprechenderen Forstkultur, günstigerer Bedingungen für die Entwicklung des Gewerbes, günstigerer Tariffätze für die landwirtschaftlichen Produkte, besserer Kommunikationen, Regulirung der Flüsse, Abschreibung der Grundentlastungsschuld, reichlicherer Dotirung der Lehranstalten, strengerer Gerechtigkeit zur Sicherstellung günstigerer sozialer und wirtschaftlicher Zustände, größerer Berücksichtigung des polnischen Elements bei Besetzung der Ämter in den Wiener Zentralbehörden und Erweiterung der gesetzgebenden Autonomie des Landtages.“ Mit andern Worten: die finanziell aktiven Länder Oesterreichs, und das sind wesentlich die deutschen, sollen die Ehre haben, Galizien mit allem, was diesem dienlich sein kann, auszustatten, dürfen aber in die Verhältnisse des Landes, in den Gebrauch, welchen es von den gespendeten Mitteln macht, nicht dreinreden, wogegen die polnischen Abgeordneten die slavische Majorität in der Vertretung eben jener Länder herstellen!

Billig kann man die Forderungen der Herren Polen freilich in keinem Sinne nennen, allein sie können es wirklich nicht billiger thun. Denn Oesterreich muß ein slavischer Staat werden, da er seit der Einigung Deutschlands und Italiens „keine panhistorische Rolle mehr im Westen Europas spielen kann.“ Und um in seiner neuen Rolle die Konkurrenz Rußlands zu besiegen, muß es den slavischen Völkerschaften mehr bieten als jenes. „Will sonach Oesterreich als Großmacht fortbestehen, so muß es sich der alten jagellonischen Tradition wieder annehmen.“ Doch mißverstehe man den Redner nicht! Das Endziel der polnischen Politik ist nicht etwa ein Oesterreich, in welchem Galizien aufgeht, um darin die Führerschaft zu haben. Er spricht nur von einem „Bündnis mit Oesterreich,“ der österreichische Reichsrat ist

ihm ein „fremdes Parlament,“ an welchem eine polnische „Delegation“ teilnimmt, die zu den „Delegationen andrer Länder und Nationalitäten in fast diplomatischen Beziehungen steht.“ Und dieses eigentümliche Verhältnis wird wahrscheinlich noch längere Zeit aufrechterhalten werden müssen. Denn die Polen sind sehr nüchterne Politiker geworden. „Sie haben bereits (!) die trügerische Hoffnung aufgegeben, daß die Völker des Westens ihnen aus Sentimentalität zu Hilfe kommen werden; sie glauben auch nicht mehr, daß sie sich Rußland intellektuell gerade so unterthänig machen werden, wie sie einst das heidnische Littauen erobert haben; sie haben im Gegenteil die Überzeugung gewonnen, daß Rußland, dank seiner materiellen Übermacht, ihnen immer entschiedener auf den Leib rückt. Ebenjowenig rechnen sie darauf, daß ein augenblicklicher Umsturz ihnen wieder zu ihren verlorenen Rechten verhelfen werde.“ Worauf sie rechnen, das ist, daß ein slavisches Österreich die Jagellonenidee aufnehmen werde. Leider läßt sich nicht annehmen, „Österreich werde in Wälde irgendeinen Krieg im Namen der polnischen Sache führen.“ Die Polen müssen daher Geduld haben, auf Grund ihres merkwürdigen „Bündnisses“ mit Österreich „den Zeitpunkt zu beschleunigen, in welchem die Vergewaltigung der nichtösterreichischen Polen ihr Ende erreichen wird.“

Wie sich Graf Dzieduszycki und seine Freunde die Gestaltung der Dinge denken, nachdem Österreich die beiden andern Teilungsmächte gezwungen haben wird, ihren Anteil an Polen herauszugeben, und die wiederhergestellte Republik selbständig die Durchführung der jagellonischen Idee auf sich genommen haben wird, ob dann Österreich wieder sich selbst überlassen werden oder ob die Bewohner der deutsch-slavischen Länder dasselbe Glück, wie jetzt die Ruthenen, genießen sollen — darüber bewahrt er vorläufig noch Schweigen. Wozu sollte er sich als künftiger Kanzler des polnischen Reiches binden? Die Deutschösterreicher, die Deutschen in Posen u. s. w. werden immer noch früh genug erfahren, was über sie verhängt wird.

Die österreichischen Zeitungen beschäftigen sich bei der Besprechung dieser Programmrede insbesondere mit der Frage, welche Haltung die österreichische Regierung gegenüber dieser beispiellos dreisten Herausforderung beobachten werde. Und mit Recht heben sie die Absichtlichkeit hervor, mit welcher ein namhaftes Mitglied der Regierungspartei gerade in dem Augenblicke gegen Deutschland und Rußland zu hezen wagt, wo zwischen den drei Kaiserreichen und deren Regenten die erfreulichsten Beziehungen hergestellt sind und der Welt dargethan werden. Uns drängt sich noch eine andre Frage auf. In Österreich wie in Deutschland ist der politische Katholizismus ein offenes Bündnis mit dem Polentum eingegangen. Kann dies ferner Bestand haben? Können Deutsche es vor sich verantworten, eine Fraktion zu unterstützen, welche darauf ausgeht, Komplikationen herbeizuführen, welche den Bestand der Reiche gefährden? Vielleicht wird man versuchen, den Redner als einen nicht ernst zu nehmenden Phantasten hinzustellen; aber dieser

Phantast hat, wie wir sehen, aus dem Herzen einer großen Menge seiner Landsleute gesprochen. Die jagellonische Tradition bedeutet ein polnisches Reich in der Ausdehnung, welche dieses in der Zeit seiner höchsten Macht hatte, von der türkischen Grenze bis zur Ostsee. Davon zu träumen, wird man keinem Polen verwehren, im Munde eines Politikers rühren solche Träume an Landesverrat. Wir sind neugierig, ob die Tiroler und Oberösterreicher, die Westfalen und Rheinländer instande sein werden, vor ihrer Reichstreue und ihrem Nationalgefühl auch jetzt noch die Gemeinschaft mit den Polen damit zu rechtfertigen, daß diese zwar erklärte Feinde des Reiches und des Deutschtums, aber Ultramontane sind. Damit wäre der traurige Beweis geführt, daß jene trotz aller entrüsteten Proteste wirklich ihr Vaterland ultra montes erblicken.



## Englische Politik und deutsche Interessen.

(Schluß.)



Deutschland darf an der Ostsee keine guten Häfen gewinnen; denn es ist gegen das Interesse Englands, wenn sich eine deutsche Kriegsflotte entwickelt — das war von Anfang an der eigentliche Grund, wenn die britische Politik in dem Streite um Schleswig-Holstein für Dänemark Partei nahm. Andre Gründe waren immer nur Schein und Vorwand. Unter den Mächten, die Preußens Aktion während der Erhebung der Schleswig-Holsteiner von 1848 einschränkten und lähmten, war England eine der eifrigsten, ihm vorzüglich dankten wir das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852, welches den dänischen Gesamtstaat zu erhalten bestimmt war. Als Dänemark wider das damalige Übereinkommen am 30. März 1863 Holstein aus der bisherigen Gemeinschaft ausschloß und später Schleswig faktisch dem Königreiche einverleibte, und als darauf zunächst der deutsche Bund die Zurücknahme der betreffenden Verordnung unter Androhung von Exekution forderte, unterstützte das Londoner Kabinet die Ausflüchte, mit denen das Kopenhagener Ministerium seine Weigerung zu rechtfertigen suchte. Die damals am Ruder befindlichen Whigs waren Deutschland ganz ebenso feindlich wie die Tories. Sie hatten dies bereits im Februar bewiesen, als Preußen mit Rußland eine Übereinkunft zu gemeinsamem Handeln gegenüber dem polnischen Aufstande geschlossen hatte. Lord Russell schrieb damals an Buchanan, den englischen Gesandten in Berlin, die preußisch-russische Konvention